



# Raum- und Europakonzepte in Imperialismustheorien

Ulrich Best<sup>1</sup>

Bereich Europastudien, Technische Universität Chemnitz  
D-09107 Chemnitz, Email: [ulrich.best@phil.tu-chemnitz.de](mailto:ulrich.best@phil.tu-chemnitz.de)

---

## Zusammenfassung

Dieser Artikel versucht, einige Ansätze aufzuzeigen, die zu einer kritischen Geographie Europas beitragen können. Dabei werden zum einen Imperialismustheorien auf ihre Raumkonzepte hin untersucht, zum anderen die Rolle der Europäischen Union (EU) oder von Europakonzepten in diesen Theorien diskutiert.

Dem Artikel liegt ein Vergleich des klassischen Imperialismus des späten 19. und frühen 20. Jahrhunderts mit dem zeitgenössischen zugrunde. Schon Anfang des 20. Jahrhunderts wurden Europakonzepte kritisch diskutiert, vor allem im Zusammenhang mit Imperialismustheorien, die die Idee einer europäischen Vereinigung vor dem Hintergrund globaler Verhältnisse analysierten. In den Theorien selbst wurde Imperialismus als flexible Strategie des Kapitalismus aufgefasst, wobei die politische Geographie meist auf Grundlage der Nationalstaaten und als eher stabil gedacht wurde. Ideen zur Vereinigung Europas wurden von den kritischeren Teilnehmern der Debatte abgelehnt, weil sie die Ungleichheitsverhältnisse festschrieben. Im Vergleich dazu wird in den aktuellen Konzepten von David Harvey, Michael Hardt und Antonio Negri und dem Europakonzept von Ulrich Beck und Edgar Grande auch das staatliche Territorium als flexibel analysiert, wobei die



drei Ansätze sich in ihrer Einschätzung der EU grundlegend unterscheiden. Dabei treten verschiedene Funktionen von Wissenschaft zutage: als Möglichkeit der Legitimation bestehender Machtverhältnisse, als fundamentale Kritik daran oder als Kritik verbunden mit einer Akzeptanz der beschränkten Möglichkeiten.

## Einleitung

Seit einiger Zeit wird die Frage des Imperialismus sowohl in der Politik als auch in der Wissenschaft wieder stark diskutiert. Anlässe solcher Diskussionen sind zumeist die „neuen Kriege“ – der Krieg gegen Afghanistan sowie gegen Irak und die Drohungen gegen Staaten wie Iran und Nordkorea. Auf politischer Ebene wird dabei auf der einen Seite der Imperialismus kritisiert, nicht nur von den Sprechern der „betroffenen“ Staaten wie Irak und Nordkorea, sondern auch von linken Bewegungen in den Zentren. Im Fokus dieser Kritik stehen oft die USA als angeblich imperialistischer Staat. Auf der anderen Seite aber steht auch eine affirmative Hinwendung zum Imperialismus-Begriff. So beziehen sich zumeist US-amerikanische Politikberater und Autoren auf einen „liberalen“ Imperialismus, der „Werte“ verteidigt und die Welt verbessert (siehe z. B. den Text des Blair-Beraters Cooper, 2002). Imperialismus bezeichnet in diesen Diskussionen zumeist die Vorherrschaftsbestrebungen eines Staates über einen anderen, oft durch militärische Macht.

Auch im Bereich der Wissenschaft erleben Diskussionen über Imperialismus einen Aufschwung. David Harveys *Der neue Imperialismus* (2005) behandelt ebenfalls die Hegemonie der USA, aufbauend auf marxistischen Imperialismustheorien. In diesen Ansätzen bedeutet Imperialismus vor allem ein ungleiches wirtschaftliches Verhältnis zwischen Staaten bzw. zwischen Unternehmen (mit dem Sitz in diesen Staaten) und Märkten oder Produzenten in anderen Ländern. Ein anderer, vieldiskutierter Ansatz ist *Empire* von Michael Hardt und Antonio Negri (2000), der poststrukturalistische Theorien mit Imperialismuskonzepten kombiniert. *Empire* umfasst ein Konzept der globalen Hierarchie, das bis auf die Ebene der Subjekte reicht.

In all diesen Ansätzen geht es um die globale Hegemonie der USA. Auch in Deutschland taucht der Begriff in der Öffentlichkeit fast nur in diesem Zusammenhang auf. Die EU wird sogar teilweise als eine Alternative zum Imperialismus dargestellt, Rifkin (2006) sieht sie z. B. als „leise Supermacht“.

Sind die europäischen Machtverhältnisse also nicht mit Imperialismuskonzepten analysierbar? Vor allem in den mittel- und osteuropäischen Staaten geht es nur selten um die USA, wenn Imperialismus diskutiert wird. In Polen beispielsweise wird von einigen Stimmen schon seit einigen Jahren immer wieder ein deutscher Imperialismus befürchtet, ebenso ein russischer – hier bezieht sich der Begriff so-

wohl auf die Marktmacht der Unternehmen als auch auf die politische Macht der Regierungen. Ähnlich verhält es sich in den baltischen Staaten und teilweise auch in Tschechien. Auch ein EU-Imperialismus wird dort immer wieder diskutiert. Außerhalb Europas erscheint die EU als ein imperialistischer Akteur, z.B. im Welt-handel.

Während für die Analyse der globalen Machtverhältnisse bereits eine breite wissenschaftliche Diskussion vorliegt, wird die Rolle der EU-Staaten in den globalen oder in den europäischen Machtverhältnissen weniger diskutiert. Dieser Artikel kann nun keine vollständige Übersicht über die geographische Diskussion oder die Entwicklung von Imperialismustheorien liefern. Er soll aber versuchen, einige Ansätze aufzuzeigen, die zu einer kritischen Geographie Europas beitragen könnten. Die erste Frage dieses Beitrags ist die nach dem Zusammenhang von Europakonzepten und Imperialismus. Die zweite Frage soll die nach der „Geographie“ des Imperialismus sein. Was ist geographisch am Imperialismus? Welche Raumkonzepte spielen in Imperialismustheorien eine Rolle?<sup>2</sup>

Ein erster Ansatz ist, zwei Phasen ungleicher Beziehungen zwischen Staaten zu vergleichen: den klassischen Imperialismus des späten 19. und frühen 20. Jahrhunderts mit dem zeitgenössischen. Der klassische war ein europäischer Imperialismus und wurde als solcher diskutiert. Gleichzeitig wurden auch Europakonzepte in den ersten Jahrzehnten des 20. Jahrhundert bereits ausführlich diskutiert. Damals war die Vereinigung Europas eine politische Utopie, die als solche kritisiert wurde. Heute kann dagegen die EU das Objekt der Analyse sein. Ich werde daher zuerst die klassischen Imperialismustheorien und ihre Raumkonzepte kurz vorstellen, dann einige aktuelle Ansätze, und jeweils im Anschluss die Frage nach der Rolle Europas in diesen Konzepten stellen. Eine weitere wesentliche Frage, die sich in der Diskussion immer wieder ergeben wird, ist die nach dem Zusammenhang von wissenschaftlichen Konzepten und politischer Positionierung und dem Verhältnis von Wissenschaft, Diskurs und Politik. Auch für diese Frage ist die Debatte über Imperialismus und Europakonzepte relevant, und der Vergleich der Diskussion von vor hundert Jahren und von heute kann dieses Verhältnis unter unterschiedlichen Bedingungen näher analysieren.

### **Raumkonzepte in den klassischen Imperialismustheorien**

Angesichts der sehr umfangreichen Literatur zu Imperialismustheorien kann hier eine Analyse der Raumkonzepte nur sehr knapp erfolgen. Hier sollen die Kon-

---

<sup>2</sup> In diesem Beitrag soll es explizit um die Frage des Imperialismus gehen. Der Ansatz des Postkolonialismus, der teilweise auch in den diskutierten Theorien eine Rolle spielt, kann hier aus Platzgründen nicht detailliert dargestellt werden.

zepte von Lenin und Luxemburg sowie einige Aspekte der geographischen Diskussion untersucht werden. Lenin definierte 1917 (deutsch 1920) im gleichnamigen Buch den „Imperialismus als höchste Phase des Kapitalismus“ (Lenin, 1962 [1920]). Er beobachtete die Prozesse in der damaligen Weltwirtschaft und fasste sie zu fünf Charakteristika dieser „höchsten Phase des Kapitalismus“ zusammen. Zu den Merkmalen zählte er damals die Monopolbildung in der Industrie und den Aufstieg des Finanzkapitals zum bestimmenden Element in der Wirtschaft sowie den Kapitaleexport, die Aufteilung der Welt unter Kapitalistenverbänden und die endgültige Aufteilung der Welt unter den Großmächten (Lenin 1962 [1920], 839). Lenins Ansatz verortete Imperialismus innerhalb einer Stufentheorie der Entwicklung des Kapitalismus, in der der Imperialismus die letzte Phase des „absterbenden“ Kapitalismus einnehmen sollte, gefolgt vom Sozialismus. Sein Konzept war also auf der einen Seite ein historisches Modell der Entwicklung des Kapitalismus – Imperialismus im weiteren Sinne bedeutete die Kurzfassung für die damals vorherrschenden Prozesse der Weltwirtschaft. Auf der anderen Seite bot Lenin aber auch einen Erklärungsansatz für die Entwicklung. Im damaligen Kapitalismus identifizierte er zunehmende Krisen, die durch Überproduktion oder durch den tendenziellen Fall der Profitrate entstehen. Aufbauend auf Marx erklärte Lenin eine Krise durch Überproduktion von Produkten, die nicht verkauft werden können, oder von Kapital, das nicht mehr gewinnbringend investiert werden kann. Wesentlich für Imperialismustheorien ist die Vorstellung eines räumlich begrenzten kapitalistischen Systems und Marktes. Innerhalb dieses haben sich im Modell die Bedingungen der Produktion und des Marktes so weit angeglichen, dass keine bedeutenden Vorteile gegenüber den Konkurrenten erzielt werden können oder Kapital nicht mehr ausreichend profitabel investiert werden kann. Die (temporäre) Lösung dieser Krise kann zum Beispiel in einer Innovation im Produktionsprozess, aber auch in einer räumlichen Strategie liegen. In diesem letzten Fall müssen Produkte außerhalb des Kapitalismus verkauft oder Kapital dort investiert werden. Dadurch werden dann Gebiete, die bisher nicht kapitalistisch waren, in den Kapitalismus mit einbezogen. Nur so kann damit die Krise des Kapitalismus abgewendet oder verzögert werden, wobei jedoch dann auch diese Gebiete, die bisher außerhalb des kapitalistischen Systems lagen, in dieses einbezogen werden und denselben Gesetzen des Falls der Profitrate unterliegen. Daraus ergibt sich ein kontinuierlicher Zwang, die Krise durch die Erschließung immer neuer Gebiete weiterzuerschieben. Diese Expansionstendenz ist nun nicht spezifisch für die damalige historische Phase, sondern ein generelles Kennzeichen kapitalistischer Entwicklung. Imperialismus in diesem engeren Sinne als Expansion des Marktes ist also bei Lenin eine räumliche Strategie der Krisenbewältigung. Diese Möglichkeit sah er nun an ihre Grenze gekommen, weshalb er das baldige Ende des Kapitalismus erwartete.

Auch das Erreichen dieser Grenze wird geographisch erklärt – durch die vollständige Aufteilung der Welt unter den Staaten, die damit Marktgebiete und Ressourcen für ihre Unternehmen sichern wollten. Bei Lenin treffen also zwei

Konzepte aufeinander. Das eine ist das Container-Konzept der staatlichen Räume, die ihre Kolonialgebiete vergrößern. Das andere ist das Konzept des Innen und Außen des Kapitalismus. Bei Lenin sind die Grenzen des kapitalistischen Systems ebenfalls entlang des staatlichen Systems definiert. Dies ist aber nicht notwendig so, und bei Rosa Luxemburg (1975 [1913]) ist dieses Verhältnis von Innen und Außen des Imperialismus theoretisch klarer entwickelt. Sie leitet aus dem ungleichmäßigen Anwachsen der Produktion den Zwang zum Transfer des Mehrprodukts ins Außen des kapitalistischen Systems ab. Nur dort kann die Realisierung des Profits erfolgen, das heißt die Ware verkauft werden. Luxemburg sieht diesen Prozess aber nicht als eine besondere Phase der Entwicklung des Kapitalismus, sondern als ein Grundproblem der kapitalistischen Produktion, „daß die kapitalistische Akkumulation zu ihrer Bewegung nichtkapitalistischer sozialer Formationen als ihrer Umgebung bedarf, in ständigem Stoffwechsel mit ihnen vorwärtsschreitet und nur so lange existieren kann, als sie dieses Milieu vorfindet“ (Luxemburg, 1975 [1913], 315). Was bedeuten hier aber „Umgebung“ und „Milieu“? Sind es geographische Begriffe? Luxemburg geht auf dieses Problem explizit ein und differenziert weiter zwischen innerem und äußerem Markt.

Innerer und äußerer Markt spielen gewiß eine große und grundverschiedene Rolle im Gang der kapitalistischen Entwicklung, jedoch nicht als Begriffe der politischen Geographie, sondern als die der sozialen Ökonomie. Innerer Markt vom Standpunkt der kapitalistischen Produktion ist kapitalistischer Markt, ist diese Produktion selbst als Abnehmerin ihrer eigenen Produkte und Bezugsquelle ihrer eigenen Produktionselemente. Äußerer Markt für das Kapital ist die nichtkapitalistische soziale Umgebung, die seine Produkte absorbiert und ihm Produktionselemente und Arbeitskräfte liefert (Luxemburg, 1975 [1913], 315).

„Soziale Ökonomie“ in diesem Zitat bedeutet ökonomische Verhältnisse als soziale Verhältnisse. „Politische Geographie“ meint nicht den modernen Ansatz der politischen Geographie, sondern Luxemburg bezeichnet damit die Abgrenzung sozialer Verhältnisse anhand politischer (staatlicher) Grenzen – also die Idee von Containerräumen, Ländern oder Kontinenten, die sie eben nicht im Sinne hat. „Umgebung“ und „Milieu“ sind daher hier nicht „erdräumliche“ Begriffe, sondern sind bezogen auf ein Nebeneinander von verschiedenen Arten der Produktion. Kapitalismus bedeutet dann Produktion durch Lohnarbeit, Privateigentum der Produktionsmittel, etc. „Außen“ ist alles, was nicht kapitalistisch produziert wird (bzw. jeder, der nicht kapitalistisch produziert). Dazu zählen sowohl feudale Systeme als auch andere Formen von unbezahlter Arbeit wie Subsistenzproduktion oder Hausarbeit, die sich auch im selben Gebiet (oder sogar in derselben Person) parallel zu kapitalistischer Produktion befinden können, aber eben noch nicht kapitalistisch ausgeprägt sind. Durch den Einbezug dieser anderen Systeme werden diese jedoch

verändert, was auch zu einer ständig neuen Suche nach neuen äußeren Märkten führt.

Obwohl Luxemburg schreibt, dass es sich nicht um politische Geographie handele, existiert eine Geographie dieser sozialen Verhältnisse. Ein Kennzeichen des 19. Jahrhunderts war die Ablösung nichtkapitalistischer Produktion in Europa durch kapitalistische, beziehungsweise die Einbeziehung immer größerer Teile der Gesamtproduktion und der Arbeitskräfte in den „inneren Markt“. Im großen Maßstab spielten im klassischen Imperialismus diese Rolle die außereuropäischen Gebiete, die noch nicht kapitalistisch organisiert waren. Bei Lenin steht diese Expansion von Staaten und Einflussbereichen mehr im Vordergrund, also die ungleichen Verhältnisse zwischen Staaten bzw. lokalisiertem Kapital und der Aufteilung von Märkten und Ressourcen.

Die Abgrenzung der Länder, so ist Luxemburg also zu verstehen, ist nicht das Entscheidende – Imperialismus spielt sich nicht zwischen Ländern ab, sondern zwischen wirtschaftlichen Systemen. So betont Luxemburg z. B. in ihrer Dissertation über die industrielle Entwicklung Polens (Luxemburg, 1970 [1898]), wie die Unternehmer verschiedener Staaten auch im ungleichen Tausch und im Wettbewerb miteinander gemeinsame Interessen vertreten (nämlich die Aufrechterhaltung des Handels und der kapitalistischen Produktion). Die Betonung ihrer jeweiligen Nationalität ist eine Strategie, um den Konflikt mit den Arbeitern zu vermeiden (wenn diese dieselbe Nationalität haben) oder auch die Politiker dazu zu bewegen, ihre Produktion oder ihre Absatzmärkte zu schützen. Hier kommt auch die Rolle der Staaten und der politischen Geographie zum Vorschein: Staaten dienten als Schutzmacht der sozialen Verhältnisse und legitimierten ihre Machtansprüche durch die Ideologien des Imperialismus.

Rosa Luxemburgs Theorie konzentriert sich auf eine wirtschaftliche Erklärung des Imperialismus, während Lenin auch dessen staatlich-politischen Aspekt betont. Aus diesen unterschiedlichen Ansätzen ergeben sich auch unterschiedliche Lösungsvorschläge: staatenbasierte (also z. B. die Unabhängigkeit Polens von Russland zu fordern, oder Indiens von England, also eine Änderung der politischen Geographie) oder sozialrevolutionäre – also die Änderung der „sozialen Ökonomie“. Beide sprachen sich aber gegen reine Änderungen der politischen Geographie aus – dies wird in der Diskussion der Europakonzepte weiter deutlich werden.

### **Punkte der geographischen Diskussion**

Zunächst soll aber die Frage der Raumkonzepte und der Disziplin Geographie näher untersucht werden. Der britische Kolonialadministrator Sir George Robertson beschrieb im Jahr 1900 die Geographie als „Science of the Distances – the science of the merchant, the statesman, and the strategist“ (Robertson, zitiert

in Gregory, 1978, 18). Die Geographie war die Disziplin der Erschließung der Welt und definierte sich durch Forschungsreisende, Kartographie und Militär. Dadurch war sie eng verflochten mit der Politik des Imperialismus. Der koloniale Blick, der die Geographie als ideologische Disziplin prägte, ist bisher vor allem in England untersucht worden (z.B. Blunt und McEwan, 2002), wobei jedoch auch der europäische Charakter dieses Imperialismus betont wird. So schreiben Bell et al. (1995, 3) im Hinblick auf die Forschungsexpeditionen des 19. Jahrhunderts: „Modern European science and European imperialism thus marched arm-in-arm: both were supremely ambitious, universalising projects concerned to know all, to understand all and, by implication, to control all.“ Im 19. Jahrhundert waren deutsche Geographen in Kolonialvereinen und der Exploration aktiv. Zimmerer (2004) argumentiert, dass die Berliner Geographie sich sehr stark als kolonialpolitisch verstand, sowohl im Kaiserreich als auch im Nationalsozialismus. Schultz und Brogiato (2005) weisen aber darauf hin, dass die Lehrstühlen im Kaiserreich sehr oft mit ausgewiesenen Schulgeographen besetzt wurden, weniger mit Kolonialgeographen oder politisch profilierten Geographen<sup>3</sup>. Welche Raumbegriffe setzten diese Geographen aber damals für ihre Argumentation ein?

Die Vielfalt von Raumbegriffen kann in den Arbeiten von Albrecht Penck gut herausgearbeitet werden. Zwar war sein Arbeitsschwerpunkt die physische Geographie, im Ersten Weltkrieg aber argumentierte Albrecht Penck, damals Direktor der Berliner Friedrich-Wilhelms-Universität, für die Behauptung der deutschen Kolonialmacht. Er sah „[d]ie beiden Grenzen deutscher Macht und Stärke [...], die politischen und die Eigentumsgrenzen, [...] bedroht“ (Penck, 1916, 3). Hier ging es also sowohl um Deutschlands Rolle in der „politischen Geographie“ als auch um die Verhältnisse der „sozialen Ökonomie“, wie Luxemburg unterschieden hatte. Zusätzlich erschienen ihm die deutschen Kolonialprojekte als anti-imperialistisch, im Gegensatz zum englischen Imperialismus. England stand bei Penck für rücksichtslose Ausdehnung und Herrschaft, für „Weltmacht“ und Imperialismus, Deutschland für friedliche Ausbreitung, „Weltgeltung“ und „Weltpolitik“. In seinem Appell an die kämpfende Studentenschaft legitimierte er so den deutschen Kolonialismus. Nach dem Ersten Weltkrieg gewann diese Perspektive eine noch größere Bedeutung, ebenso war der Verlust der Kolonien in der Zwischenkriegszeit ein wichtiger Kristallisationspunkt nationaler Geographen (z.B. Obst, 1926). Im Nationalsozialismus wurde dann das Projekt eines Europas unter deutscher Vorherrschaft zu einer tragenden Idee. Auch für das hier wesentliche Raumkonzept war Penck eine wichtige Figur. In seinen Arbeiten zum deutschen „Volks- und Kulturboden“ (Penck 1925) entwarf er Karten, aus denen sich deut-

---

<sup>3</sup> Zur gesamten Diskussion vgl. auch Schultz (1997), Honold (2004), insgesamt auch Schulte-Althoff (1971) und die Kritik von Klüsche (1972).

sche Ansprüche auf osteuropäische Gebiete ableiten ließen. Der hier angewandte Raumbegriff basierte auf einem kulturalistischen, einer Verbindung von „Boden und Kultur“, integrierte aber gleichzeitig einen staatlich-containerräumlichen, mit dem ein Anspruch auf staatliche Expansion begründet wurde.

Die Rolle von Raumkonzepten im Nationalsozialismus ist gut dokumentiert und braucht nicht wiederholt zu werden (siehe z.B. Rößler, 1990; Rößler und Schleiermacher, 1993; Kost, 1988; Bassin, 1987). Die geographische Forschung wurde stark eingebunden in die Herrschaftsbestrebungen des Regimes, als Legitimationsgrundlage für die Expansionsbestrebungen und als angewandte Wissenschaft räumlicher Verwaltung von Quasi-Kolonialgebieten. Geographen waren oft wichtige Produzenten von Raumvorstellungen und Ideologien, aber auch praktische Trägerschicht des Imperialismus, sowohl im Kaiserreich als auch im Nationalsozialismus. In der Entwicklung der Konzepte wird aber auch klar, dass die Unterscheidung von staatlichen, expansionsorientierten, „politisch-geographischen“ Interessen von wirtschaftlichen nicht trennscharf zu vollziehen ist. So wurden nach dem Ersten Weltkrieg in der Kolonialismus-Debatte vor allem wirtschaftliche Argumente vorgebracht, die Expansionspläne nach Osteuropa wurden (wie in Pencks Kulturboden-Karte) oft „kulturgeographisch“ begründet und die Geopolitik betonte die Expansion des Staates. In den imperialistischen Projekten (sei es in den Weltkriegen oder in den Vorkriegskolonien) liefen diese Logiken immer zusammen.

Aber gab es auch kritische Perspektiven? International ist der Franzose Elisée Reclus für seine kritischen Arbeiten bekannt (vgl. Lacoste, 1990), und auch der deutsche Karl-August Wittfogel dient immer wieder als Referenzpunkt einer kritischen Geographie (Tuathail, 1994). Wittfogel, ein frühes Mitglied der „Frankfurter Schule“ kritischer Sozialwissenschaftler (Jay, 1987, 33), ist in der Geographie durch seine Auseinandersetzung mit Naturkonzepten, aber auch mit der Geopolitik bekannt (Wittfogel, 1929). So analysierte er die Schriften Richthofens, Ratzels, des schwedischen Geopolitikers Kjellén und Erich Obstts und weiterer Geopolitiker, welche er als „Hoftheoretiker des neudeutschen Imperialismus“ bezeichnete (1929, 42).

Speziell mit Bezug zum Imperialismus gibt es jedoch einen weiteren Geographen, der relativ einflussreich war. Der ungarische Geograph und Kartograph Sandor Rado studierte und arbeitete in Deutschland, später in Frankreich und der Schweiz (wo er im Zweiten Weltkrieg eine antifaschistische Spionageoperation im Auftrag der UdSSR leitete<sup>4</sup>). Sein Atlas *Der Imperialismus* von 1930 war eine Zusammenstellung thematischer Karten, die den damaligen Stand der internationalen Beziehungen und Machtverhältnisse aufzeigte. Der Atlas war explizit als Be-

---

<sup>4</sup> Zur Biographie siehe auch Schneider (2006).



standteil einer kritischen Geographie konzipiert, anders als die imperialistischen Forschungsprogramme vieler seiner Zeitgenossen. Der Zweck des Atlas war, thematische Karten auf einer Analyse der politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse zu begründen oder diese zumindest zu ermöglichen. In Abgrenzung zur Geopolitik sollte es eine marxistisch orientierte Analyse sein, betonte auch der sowjetische Wissenschaftler Theodor Rothstein im Vorwort. Ziel war es, den Lesern Informationen zu geben, um die Politik der eigenen (und der anderen) Regierung kritisieren zu können.

All diese Widersprüche [des Imperialismus], die als potentielle Kriegsherde zu betrachten sind, hat Rado in seinen Karten dargestellt, und jeder Arbeiter kann sich dadurch von den verbrecherischen Treibereien des Imperialismus ein anschauliches Bild machen, um – nach dem berühmten Wort von Marx – die Geheimnisse der internationalen Staatskunst besser zu enträtseln, die diplomatischen Streiche der Regierungen leichter zu überwachen und nötigenfalls mit allen zu Gebote stehenden Mitteln ihnen entgegenzutreten (Rothstein in Rado, 1930).

In seinem Atlas verwendete Rado dann thematische Karten, in denen er z.B. die geopolitischen Bündnisse und Abhängigkeiten, die kolonialpolitischen Verhältnisse, aber auch die globale Ressourcenverteilung darstellte. In diesem Versuch blieb er zwar aufgrund der Atlasform bei der „politischen Geographie“, in der die Staaten die grundlegende Analyseeinheit bildeten. Auf einigen Karten stellte er zwar auch ethnische Verhältnisse oder kleinräumigere Konflikte dar, z.B. an der deutsch-französischen Grenze. Die Verbindung mit der „sozialen Ökonomie“ gelang ihm in der englischen Ausgabe mit einem größeren Textteil besser.

### **Europakonzepte und Imperialismus**

Die Debatte über Imperialismus hatte zahlreiche Berührungspunkte mit Europakonzepten. So gehen alle zitierten Theorien von einem europäischen Imperialismus aus. Dabei spielen sowohl Ungleichheiten zwischen den europäischen Staaten und deren Konkurrenz als auch die Ungleichheiten zwischen diesen Staaten und dem Rest der Welt eine Rolle. Zum zweiten stellte (je nach Entstehungsdatum der Theorien) der sich abzeichnende bzw. gerade stattfindende Krieg oder seine Folgen das dringendste Problem dar.

Die Antwort der marxistischen Imperialismustheorien auf die Frage, wie Kriege vermieden werden können, war mit Lenin: im Kapitalismus gar nicht, sie seien sogar in ihrer damaligen Form in diesem begründet. Nur die Überwindung des Kapitalismus könnte daher Kriege verhindern. Zur Vermeidung von Kriegen innerhalb Europas wurde damals aber auch ein anderes, nicht-revolutionäres Kon-

zept diskutiert – das der Überwindung nationaler Grenzen. Die Paneuropa-Vision von Coudenhove-Kalergi (1922) zum Beispiel dient noch heute als Referenzpunkt europäischer Einheitsbestrebungen. Es war jedoch ein konservatives Konzept, das eine Art europäische Adels- und Intellektuellenrepublik anstrebte (Wyrwa, 2006; Ziegerhofer-Prettenthaler, 2004; Gerstner, 2006). Das „Neue Europa“ des tschechoslowakischen Präsidenten Masaryk (1922, Original 1920) sah vor allem das Existenzrecht kleiner Staaten vor und entwickelte eine multikulturelle Vision Europas. Innerhalb der europäischen Sozialdemokratie wurde das Konzept der „Vereinigten Staaten von Europa“ schon vor dem Ersten Weltkrieg ausgiebig diskutiert. Karl Kautsky (1911) brach damals die Debatte los, indem er für die „ständige Fortdauer des Friedens“ die Gründung der „Vereinigten Staaten von Europa“ forderte. Kautskys Vision über Europa hinaus war die eines „Ultraimperialismus“, wie er es nannte, einer Art Stillhalteabkommen der imperialistischen Mächte, um Krieg zu vermeiden. Er plädierte für eine gemeinsame parlamentarische Regierung, Handel und eine europäische Armee: „Diese Vereinigten Staaten besäßen eine solche Übermacht, dass sie ohne jeglichen Krieg alle andern Nationen, soweit sie sich ihnen nicht freiwillig anschließen, dazu zwingen, ihre Armeen aufzulösen, ihre Flotten aufzugeben“ (Kautsky, 1911; zitiert in Luxemburg, 1972, 499).

Bereits lange bevor Coudenhove-Kalergi, Masaryk und Kautsky die Europäische Vereinigung forderten, hatte Hobson – der den Begriffs „Imperialismus“ einführte – die Idee einer europäischen Föderation schon kritisiert. Er befürchtete – wie später Luxemburg und Lenin – eine parasitäre Ausbeutung der Welt durch diesen Zusammenschluss, also eine Festigung und Verlängerung des damaligen Status quo. Dabei beschrieb er diese parasitäre Zukunft als eine, in der Europa sich dem Aussehen der Riviera annähern würde, mit einer Oberklasse und ihren Bediensteten und mit einer Produktion, die nach Asien und Afrika verlagert worden wäre (Hobson, 1902). Rosa Luxemburg nahm diese Kritik auf und stellte den imperialistischen Gehalt der Idee der Vereinigten Staaten von Europa heraus.

Und jedes Mal, wo bürgerliche Politiker die Idee des Europäertums, des Zusammenschlusses europäischer Staaten auf den Schild erhoben, da war es mit einer offenen oder stillschweigenden Spitze gegen die ‚gelbe Gefahr‘, gegen den ‚schwarzen Weltteil‘, gegen die ‚minderwertigen Rassen‘, kurz, es war stets eine imperialistische Mißgeburt. [...] Und die Losung des europäischen Zusammenschlusses kann objektiv innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft nur wirtschaftlich einen Zollkrieg mit Amerika und politisch einen kolonialpatriotischen Rassenkampf bedeuten (Luxemburg, 1972 [1911], 502f).

Luxemburg argumentierte, dass die wirtschaftlichen Verhältnisse die Form des Staates bestimmten – wenn also für die Unternehmer ein vereinigtes Europa

von Vorteil wäre, so würde es von diesen gefordert werden (und müsste nicht von Sozialdemokraten gefordert werden). In einer bereits damals globalen Ökonomie hatten die wirtschaftlichen Verhältnisse diese Forderungen schon hinter sich gelassen. Ein europäischer Zusammenschluss könnte also nur zur Behauptung von Unterschieden in dieser Weltwirtschaft dienen – also zum Ausschluss des Rests der Welt. Ähnlich argumentierte Lenin etwas später:

Vom Standpunkt der ökonomischen Bedingungen des Imperialismus, d.h. des Kapitalexports und der Aufteilung der Welt durch die ‚fortgeschrittenen‘ und ‚zivilisierten‘ Kolonialmächte, sind die Vereinigten Staaten von Europa unter kapitalistischen Verhältnissen entweder unmöglich oder reaktionär (Lenin, 1970 [1915], 759f).

Eine europäische Vereinigung sei lediglich denkbar als zeitweiliges Abkommen darüber, „wie man gemeinsam den Sozialismus in Europa unterdrücken, gemeinsam die geraubten Kolonien gegen Japan und Amerika verteidigen könnte“ (Lenin, 1970, 760). Auch in *Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus* kam Lenin auf diese Kritik zu sprechen und bezeichnete die Vision der Vereinigten Staaten von Europa als opportunistisch, als Beleg für die Käuflichkeit der Sozialdemokratie (Lenin, 1962 [1920], 285f). Auch Trotzki befasste sich mit der Frage der europäischen Einigung und befürwortete diese, allerdings in starker Abgrenzung zu Kautsky. Er entwarf als revolutionäre Perspektive eine „europäische Arbeiter- und Bauernföderation“ (Trotzki, 1923), die eng mit der Sowjetunion zusammenarbeiten und in der Zukunft zu einer Weltföderation führen würde.

Eine „europäische Föderation der Großmächte“ wurde also bereits damals grundlegend kritisiert. Die frühe Kritik von Europakonzepten konzentrierte sich auf die folgenden Punkte: Ein Zusammenschluss Europas sei ein überholtes Konzept, die Wirtschaft sei längst global. Es sei ein rassistisches Konzept, das vor allem den Ausschluss anderer Erdteile betone. Es sei ein Mittel der imperialistischen Konkurrenz mit den USA. Und schließlich sei es ein parasitäres Konzept, das die Verhältnisse der Ausbeutung der Welt festschreibe.

Was bedeutet das nun für die Frage der „politischen Geographie“, die Luxemburg aufwarf? Klar wurde in der Diskussion, dass die scharfe Trennung von sozialen Verhältnissen und politischer Geographie, wie Luxemburg sie vornahm, in der Schärfe nicht sinnvoll war. Vielmehr waren die sozialen Verhältnisse im globalen Maßstab eng verknüpft mit der politischen Geographie, aber überlagert von sozialen Verhältnissen, die nicht dieser Geographie entsprachen. Das obige Zitat von Hobson zeigt dies schon, wenn er die Vision eines parasitären Europa entwirft, das den Rest der Welt ausbeutet (also entlang der politischen Geographie), das aber intern selbst wieder von Klassenverhältnissen geprägt ist. Innerhalb der Sozialdemokratie zeigte sich dies in dem Standpunkt, dass ein reiner Bezug auf die konti-

mentale Einigung (also die politische Geographie) weder an den internationalen Verhältnissen noch an den internen Klassenverhältnissen etwas ändern würde. Trotz der Vision einer sozialen Revolution, die auch die politischen Grenzen überschreiten würde, war utopisch, nahm jedoch diesen Widerspruch klar auf.

Zusammenfassend kann hier gesagt werden, dass die kritische Analyse des Imperialismus diesen als eine räumliche Strategie auffasste. Er war eine räumliche Strategie sowohl bezogen auf die Containerräume der Staaten als auch auf das ökonomische System des Kapitalismus. In der geographischen Diskussion spielten Raumkonzepte zumeist die Rolle von Ideologien – die sowohl die „natürlichen“ Container- und Kulturräume der Staaten definierten, als auch die Ansprüche der Wirtschaftssysteme, die mit diesen Staaten verbunden wurden. Die Wissenschaft hatte also eine Legitimationsfunktion für die Politik, sie erlaubten aber auch den Wissenschaftlern, ihre Arbeit als relevant für die Nation darzustellen. Die kritischen Ansätze in der damaligen Geographie kritisierten entweder die Legitimationsfunktion dieser Konzepte, oder sie versuchten, wie bei Rado, mit einer gewissen Distanzierung von der Ebene der Regierungen, die Welt der Staaten und internationalen Zusammenhänge zu erklären. In der marxistischen Kritik der Europakonzepte kommt die Kritik der Raumvorstellungen am deutlichsten zum Tragen: die ideologische Funktion der einheitlich gedachten Nationalstaaten (und der anvisierten Kontinentalföderation) wurde kritisiert, sie wurden als Lösungskonzepte abgelehnt, und statt dessen wurde auf die inneren Verhältnisse verwiesen, die überwunden werden müssten. Mit diesen Konzepten waren also konkrete politische Projekte verbunden, für die die Protagonisten der kritischen Diskussion auch arbeiteten – als Aufklärer der Verhältnisse (wie Rado in seinem Atlas), aber auch politisch in der damaligen Sozialdemokratie (wie Luxemburg).

### **Europakonzepte in aktuellen Imperialismustheorien**

In den letzten Jahren wird – wie in der Einleitung angedeutet – Imperialismus wieder intensiv diskutiert. Die Bedingungen der Diskussion sind aber andere. Der erste wesentliche Unterschied ist, dass „Europa“ heute fast immer gleichbedeutend mit EU verwendet wird und dass eine konkrete Institution die Umsetzung der damals utopischen Konzepte beansprucht. In der europäischen Diskussion über die EU sind kritische Ansätze aber auch schon seit einiger Zeit vertreten. Ein Schwerpunkt dieser Ansätze ist die Kritik des europäischen neoliberalen Regimes (z.B. Grahl, 1989; Bourdieu, 1998) und die Diskussion von Alternativen zu diesem Modell (Memorandum-Gruppe, 1997). Die Rolle westeuropäischer Konzerne in den osteuropäischen Staaten wurde z.B. von Hofbauer (2003) untersucht, Bohle (2002) stellt die Entstehung von Mustern eines peripheren Kapitalismus in Osteuropa dar. Weitere Schwerpunkte sind die Frage nach der „Festung Europa“ (Kofman und Sales, 1992) und den Strukturen der EU (vgl. Gowan und Anderson, 1997; Bieling, 2000). Explizite Kritik an Europakonzepten üben z.B. Böröcz und

Kovács (2001), indem sie die Beitrittsverhandlungen mit den neuen Mitgliedsstaaten unter imperialismustheoretischen Gesichtspunkten untersuchen.

Nun soll zunächst kurz die Entwicklung nach 1945 dargestellt werden, bevor die aktuellen Konzepte untersucht werden. Drei Ansätze sollen dann genauer betrachtet werden: David Harveys Imperialismusanalyse (2003), die auch außerhalb der Geographie große Beachtung fand, das Konzept des kosmopolitischen (europäischen) Empire von Beck und Grande (2004) aufgrund der prominenten Rolle, die „Europa“ darin spielt und das Empire-Konzept von Hardt und Negri (2000).

In den Jahren nach 1945 durchliefen die internationalen Beziehungen einen deutlichen Wandel. David Harvey (2003) unterscheidet in einem historischen Modell die Phasen des Hochimperialismus, der fordistischen Regulation, der neoliberalen Hegemonie und des neokonservativen Imperialismus. In jeder der Phasen sieht Harvey einen Zusammenhang der internationalen Situationen, der Produktionsverhältnisse und der territorialen Organisation. Die Phase der fordistischen Regulation erstreckt sich nach Harvey von der Nachkriegszeit bis in die 1970er Jahre. Europa war geprägt vom Kalten Krieg und der Blockpolitik, der US-Hegemonie im westlichen, der der Sowjetunion im östlichen Teil. International wurden die ehemaligen Kolonien zwar formal unabhängig, fanden sich aber oft in neokolonialen Abhängigkeitsbeziehungen wieder. Westeuropa näherte sich angesichts dieser weiterhin ungleichen Beziehungen dem „Riviera-Modell“ Hobsons an. In dieser veränderten Situation entwickelten sich neue, vor allem neomarxistische Imperialismustheorien, die auch in der kritischen Geographie ab den 1970er Jahren reflektiert wurden (z.B. Smith, 1984). Die Theorien des ungleichen Tauschs, die Dependenz- und die Weltsystemtheorie beschrieben die neuen Ausprägungen internationaler Beziehungen, die auch von Handelsverträgen, Entwicklungsdebatten und der zunehmenden Rolle internationaler Organisationen geprägt waren (z.B. Wallerstein, 1974; Gunder-Frank, 1980). Die neuen Verflechtungen trugen jedoch nicht zu einer Annäherung der ehemaligen Kolonien an die Zentren bei, sondern stärkten vor allem die Wirtschaft der Letzteren. In Westeuropa war dieser „regulierte Imperialismus“ erkennbar an einer territorialen Stabilisierung der Staaten sowie wachsender ökonomischer und auch politischer Koordination.

Die darauffolgende Transformation erklärt Harvey (2003) mit den sinkenden Profitraten in den USA, der zunehmenden Rolle von Finanzkapital und immer flexiblerer Produktion. Die neue Phase der späten 1970er, 1980er und frühen 1990er beschreibt er als die der neoliberalen Hegemonie. Wesentliche Mechanismen waren die der Privatisierung und der „Akkumulation durch Enteignung“, sowohl auf internationaler Ebene als auch in Westeuropa. Harvey benennt die Wall Street und den Internationalen Währungsfonds als wesentliche Akteure der Doktrin von „Handel statt Entwicklung“, also in klarer Abgrenzung zur vorangegangenen

Phase. In der EU (und auch in Südostasien) sieht Harvey das Heranwachsen regionaler „Sub-Imperialismen“ als potenzieller Herausforderer der USA (Harvey, 2003, 81ff, 185). In Europa ist der spätere Teil der Phase durch den Fall der Berliner Mauer, die Übernahme der Märkte Osteuropas durch westeuropäische Konzerne und die Übertragung kapitalistischer Wirtschaftsmodelle auf diese Länder geprägt.

Die derzeitige Phase ist für Harvey die des „neokonservativen Imperialismus“. Die USA nehmen darin die Position der „einzigen Weltmacht“ ein, die sich nicht mehr auf die internationalen Institutionen verlässt, sondern durch militärische Macht ihre internationale Politik durchsetzt. Harvey erklärt den Übergang vom neoliberalen zum neokonservativen Imperialismus damit, dass die Schlüsselbereiche des neoliberalen Modells (wie die „New Economy“) erschüttert wurden und von einer stärker „ordnungsschaffenden“ Phase abgelöst wurden.

Harveys Ansatz ist auf die USA fokussiert, zum größten Teil eine Kritik an ihrer Rolle bei der Durchsetzung des Neoliberalismus und an politisch-ökonomischen Begriffen orientiert, also in recht klarer Kontinuität der klassischen Imperialismustheorien. Europa kommt bei ihm als „regionaler Subimperialismus“ (s.o.) vor sowie als Arena, in der neoliberale Konzepte umgesetzt wurden. Es gibt aber noch eine weitere Rolle, die er Europa am Ende seiner Analyse zuschreibt. Der neokonservative Imperialismus äußert sich auch in neuen Kriegen, in denen er eine große Gefahr sieht. Als Lösung dieser Situation, abgesehen von einer Umwälzung, die den Kapitalismus überwinden würde, sieht er die Möglichkeit, ein solidarisches „europäisches Modell“ zu verfolgen. Er schreibt:

The only possible, albeit temporary, answer to this problem within the rules of any capitalistic mode of production is some sort of a new ‘New Deal’ that has a global reach. This means liberating the logic of capital circulation and accumulation from its neo-liberal chains, reformulating state power along much more interventionist and redistributive lines, curbing the speculative powers of finance capital [...]. The effect will be a return to a more benevolent, ‘New Deal’ imperialism, preferably arrived at through the sort of coalition of capitalist powers that Kautsky long ago envisaged (Harvey, 2003, 209).

Zurück zu Kautskys „Ultraimperialismus“, lautet also eine Perspektive von Harvey. Obwohl er seine Hoffnung auf einen solchen „New Deal led by the United States and Europe“ setzt, äußert er dennoch Kritik am derzeitigen Modell eines europäischen „Ultraimperialismus“, der immer weiter auf dem Pfad des Neoliberalismus fortschreiten wird.

Ein anderer aktueller Ansatz stammt von Ulrich Beck und Edgar Grande (2004), die die EU als „kosmopolitisches Empire“ untersuchen. Obwohl Beck und Grande die EU als ein „dezentrales, territorial differenziertes, von Eliten dominiertes transnationales Verhandlungssystem“ (Beck und Grande, 2004, 85) definieren, stellt ihre Analyse der Herrschaftsfunktionen der EU nur einen Teil ihres Entwurfes dar. Auffälliger ist, dass sie die EU als ein imperiales Projekt sehen, hinter das sie sich stellen. So schreiben sie:

Es ist an der Zeit, das Projekt, das lange Zeit verschwiegen institutionalisiert und vorangetrieben wurde, nun öffentlich als solches auf den Begriff zu bringen und politisch explizit auszumalen. [...] Was entsteht und was zu begreifen und entfalten gilt, ist eine nova res publica: das kosmopolitische Empire Europa (Beck und Grande, 2004, 81).

Beck und Grande schreiben „als Europa“, identifizieren sich als Wissenschaftler mit einer europäischen Staatslogik. Das kosmopolitische Europa ist für sie also ebenso ein Ziel wie ein bestehendes Objekt der Analyse oder Kritik. Ihre Analyse muss gleichzeitig als ein Programm begriffen werden. Das kosmopolitische Europa ist bei ihnen klar abgegrenzt von vorhergehenden Herrschaftsformen (wie dem Nationalstaat) – es stellt für sie sogar deren Kritik dar. Ebenso klar abgegrenzt ist für sie dieses Europa vom klassischen Imperialismus. Beck und Grande bezeichnen die EU als „posthegemoniales Empire“ und schreiben: „Als posthegemoniales beruht dieses Europäische Empire nicht (wie die Imperien des 19. Jahrhunderts) auf nationaler Abgrenzung und Eroberung, sondern auf nationaler Entgrenzung, Freiwilligkeit, Konsens, transnationalen Verflechtungen und dem darauf erwachsenden politischen Mehrwert“ (Beck und Grande, 2004, 85f). Sie vollziehen hier eine klare Trennung vom „alten“ Imperialismus und stellen diesem „schlechten“ Imperialismus das „gute“ EU-Empire gegenüber: Entgrenzung und Verflechtung statt Abgrenzung, Konsens und politischer Mehrwert statt Eroberung. Als Strukturmerkmale des „Europäischen Empire“ nennen sie zum Beispiel eine asymmetrische Herrschaftsordnung (d.h. die Zusammenarbeit ungleicher Partner mit den entsprechenden Aushandlungsmechanismen), die offene, variable räumliche Struktur der EU, seine multi-nationale gesellschaftliche Struktur sowie die Integration durch Recht, Konsens und Kooperation.

Darüber hinaus – und entsprechend ihrer Absicht, ein Programm für dieses „Empire“ zu entwerfen – definieren sie auch ein „europäisches Interesse“. „Was liegt im europäischen Interesse?“, fragen sie (Beck und Grande, 2004, 380). Im europäischen Interesse liegt für sie zum einen das „Prinzip der regionalen Kosmopolitisierung“ (Beck und Grande, 2004, 383): die Schaffung von „vernetzten Staatenkooperativen“ als Partnern zur transnationalen „Problemlösung“ – also regionale Staatenverbände, die sowohl die Struktur der EU übernehmen als auch als

Kooperationspartner für sie dienen. Zweitens nennen sie die „Sicherheit“ als ein europäisches Interesse:

Das europäische Empire muss sich, weil es um seine eigene Sicherheit, aber auch die Kosten durch Flüchtlingsströme, Kriminalität usw. geht, insbesondere um die Nachfolgestaaten der Sowjetunion, die Doppelzugehörigkeit der Türkei sowie die östlichen und südlichen Mittelmeerländer kümmern (Beck und Grande, 2004, 383).

Diese Sicherheitsdefinition zeichnet ein Bedrohungsszenario, das gleichzeitig wieder klare Grenzen zieht: die östlichen und südlichen Nachbarregionen der EU werden in diesem Szenario als Bedrohungspotenzial definiert. Die Antwort auf diese Bedrohungen sehen Beck und Grande in der Verantwortung Europas: Europa ist für sie die Zukunft, ein Modell für gute Herrschaft und Gegensatz zu den USA. Die „globale Ausstrahlung des kosmopolitischen Europa“ begründen sie aus der europäischen „Lehre“ „wie aus Feinden Nachbarn werden können“. Der „European way“ ist für Beck und Grande eine Alternative zum Imperialismus: sie sehen eine „Alternative zum American way, einen European way, der die Herrschaft des Rechts, politische Gleichheit, kosmopolitische Integration und Solidarität ins Zentrum stellt“ (Beck und Grande, 2004, 393). Sowohl bei Harvey als auch bei Beck und Grande ist also Europa ein positiver Bezugspunkt – bei Harvey, dessen Analyse sich auf die USA beschränkt, mit deutlich mehr Zweifeln als bei Beck und Grande.

Ein drittes Modell, das auch in der Geographie intensiv diskutiert wurde, ist das des „Empire“ (Hardt und Negri, 2000)<sup>5</sup>. Kennzeichnend für Hardt und Negris Empire-Entwurf ist die Identifikation von Herrschaftsverhältnissen, die Verweigerung einer positiven Identifikation mit einzelnen Elementen dieser Herrschaft und der Bezug auf die „Multitude“ (also die Menschen, die das Produkt dieser Herrschaftsverhältnisse sind) als Träger einer Revolution.

Ähnlich wie David Harvey sehen Michael Hardt und Antonio Negri die USA an der Spitze einer globalen „imperialen Pyramide“ der Herrschaft, mit der militärischen Macht zur Durchsetzung ihrer Interessen. Auch die Herleitung dieser Herrschaft folgt den Linien, die Harvey aufzeigt: die Entmachtung der internationalen Institutionen, die militärische Übermacht der USA, die Flexibilisierung der Wirtschaft. Die Transformation der Produktionsverhältnisse wird bei Hardt und Negri jedoch stärker betont als bei Harvey, besonders die Folgen für die Subjekte.

---

<sup>5</sup> Zur Diskussion in der Geographie vgl. z.B. Sidaway (2005) und Kirsch (2003) in *ACME* 2(2) (<http://www.acme-journal.org/Volume2-2.htm>), in dem Empire im Forum diskutiert wird.



Das „Empire“ funktioniert nach Hardt und Negri jedoch anders als der klassische Imperialismus. Nicht die Ausbreitung auf nichtkapitalistische Systeme dient zur Krisenüberwindung, sondern die tiefere Durchdringung der bereits kapitalistischen Systeme und Subjekte, also die Einbeziehung immer umfassenderer Lebensbereiche in die kapitalistische Logik (z.B. die Aneignung der Kreativität). Ebenfalls im Unterschied zum klassischen Imperialismus, in dem das Zentrum die Peripherie über Abgrenzung definiert, ist nach Hardt und Negri im Empire Offenheit die Regel. Während also in der Phase des klassischen Imperialismus der Rassismus ein wichtiges Element der Herrschaft war, ist die Integration von Differenz ein wichtiger Mechanismus des Empire. Multikulturalismus wird eine Herrschaftstechnik. Das Empire-Konzept ist also weniger politisch-geographisch als zum Beispiel Lenins Konzept, das mit zumeist benennbaren (staatlichen) Innen-außen-Grenzen operiert. Durch diese Abkehr von klassischer Geographie wird das Modell universaler anwendbar – es erlaubt den Blick auf die Dynamik des Kapitalismus innerhalb der Zentren und offenbart die Verwandtschaft der Mechanismen.

Dies lässt sich demonstrieren an der „Pyramide der globalen Ordnung“, die als eine Beschreibung der EU uminterpretiert werden kann. In der Empire-Version steht an der Spitze der Pyramide die USA. Darunter folgen die wichtigsten internationalen Organisationen (UN, WTO, G8) und die Staaten, die in diesen Einfluss haben. In der zweiten Ebene ordnen Hardt und Negri die transnationalen Konzerne und ihre Netzwerke und Verteilungsströme ein. Auf dieser Ebene verorten die beiden auch die nichthegeemonialen Nationalstaaten, „oftmals der Macht transnationaler Konzerne untergeordnet“, die die politische Vermittlung zwischen der Bevölkerung und der obersten Ebene zur Aufgabe haben. Auf der untersten Ebene befinden sich die „Multitude“, die Menschen, sowie weitere Organisationen und NGOs, die den Bedürfnissen dieser Menschen gewidmet sind.

In diesem Modell ist die EU nicht explizit genannt, sie wäre aber wohl – mit ihren einflussreicheren Staaten – auf der ersten Ebene anzusiedeln, unterhalb der USA, als global wirksame regionale Organisation. Als untergeordneter Bündnispartner unterstützt sie die USA bei der Ausführung ihrer Ordnungsfunktion, vor allem als regionaler Stellvertreter. Für die transnationalen Konzerne bildet die EU als Region eine wichtige Aktionsbasis und als Institution einen Unterstützer im Welthandel. Auf der anderen Seite hat die EU als mögliche Konkurrenz um die Spitze der Pyramide auch eine Kontrollfunktion dafür, dass die USA im Herrschaftswettbewerb bestehen.

Die EU kann also recht gut in das globale Empire eingeordnet werden. Ist es aber auch möglich, das Modell zu verwenden, um die EU selbst zu analysieren, ähnlich wie Beck und Grande (2004) es tun? Aus der Analyse würden dann die USA herausgenommen, der Fokus richtet sich auf die innereuropäischen Strukturen sowie die Interaktionen der EU mit ihren Nachbarstaaten. An der Spitze der „euro-

päischen Pyramide“ stehen dann nicht die USA, sondern die europäische Kommission und der Ministerrat. Denkbar wäre, auch ein „Kerneuropa“ aus einflussreicheren Staaten auf die oberste Ebene zu stellen. Diese hätten die Entscheidungsmacht, und dieses Bild entspricht der tatsächlich unterschiedlichen Macht der einzelnen Mitgliedsstaaten innerhalb der EU<sup>6</sup>. Der militärische Arm sind die schnellen Eingreiftruppen sowie die stark aufgerüsteten Grenztruppen der EU. Sie regulieren Konflikte im Nahbereich wie in Südosteuropa und patrouillieren an den Grenzen. Die Ebene der Konzerne und Nationalstaaten bleibt erhalten, die Vermittlungsfunktion der Nationalstaaten ist hier sogar deutlich klarer als im globalen Modell von Hardt und Negri: Die Nationalstaaten vermitteln ihren Bürgern die Politik, stellen die repräsentativen Organe bereit, stehen im Wettbewerb um niedrige Steuersätze für Unternehmen. Darüber hinaus können die Nationalstaaten innerhalb der EU auch Kritik kanalisieren, indem sie den positiven Bezugspunkt für nationalistische Fraktionen darstellen. Sie fangen die Identitätssuchenden unter ihren Bürgern auf. Hardt und Negri erwähnen sogar das Beispiel Osteuropas für die Stärkung nationaler und regionaler Identitäten durch übernationale Institutionen:

For example, since the end of the cold war, ethnic identities have been actively (re)created in the socialist and formerly socialist countries with the firm support of the United States, the U.N., and other global bodies. Local languages, traditional place-names, arts, handcrafts, and so forth are celebrated as important components of the transition from socialism to capitalism. These differences are imagined to be ‘cultural’ rather than ‘political,’ under the assumption that they will not lead to uncontrollable conflicts but will function, rather, as a force of peaceful regional identification (Hardt und Negri, 2000, 199).

Auf der untersten Ebene, wo im ursprünglichen Modell neben der „Multitude“ die NGOs stehen (Hardt und Negri, 2000, 312ff), stehen in Europa natürlich ebenso NGOs. Auch wenn Hardt und Negri diese nicht durchweg als Herrschaftsinstrumente sehen, weisen sie auf die Rolle von humanitären NGOs in der biopolitischen Definition des „Lebens“ hin. Am Beispiel der EU wird klarer, wie formal unabhängige Organisationen in die Herrschaftsfunktion eingebunden werden können. So können auch lokale Projekte sich um Förderung bewerben und unterwerfen sich damit von selbst einer Regulierung durch die oberste Ebene der europäischen Pyramide, moderiert durch die mittleren Ebenen (Best, 2007). Projekte zur grenzüberschreitenden oder europäischen Zusammenarbeit wie Interreg-Projekte oder Erasmus-Programme haben dazu noch eine weitere wichtige Aufga-

---

<sup>6</sup> vgl. auch die „Kerneuropa“-Diskussionen, Schneider (2004).

be: die Identifikation der untersten Ebene – der Menschen – mit dem abstrakten Ganzen herzustellen, durch die Förderung europäischer Identität. Ebenso könnte man hier Projekte zur Entwicklung der Verkehrsinfrastruktur oder der sozialen Integration anführen. Diese wenden sich teilweise direkt an die Subjektivitäten der Bevölkerung und versuchen diese „europäischer“ (z.B. weniger „national“) zu machen oder ihr Leben (z.B. durch Infrastrukturförderung und damit die Förderung innereuropäischer Mobilität) zu europäisieren. Diese Projekte und Programme werden dadurch erst als Herrschaftsprogramme erkennbar. Sie verbinden die obere Herrschaftsebene direkt mit dem Alltagsleben, sie stellen mit ihrem Ziel der Europäisierung eine europäische Biopolitik dar.

Die Herrschaftstechniken der EU folgen den postmodernen Techniken, die Hardt und Negri in *Empire* diskutieren. So untersuchen z.B. Walters und Haahr (2005) die „soft power“ der EU als neue Regulierung, die nicht auf direkter Legislative, sondern auf Rahmenkompetenz und Verhandlung aufbaut. So wie Hardt und Negri (2000, 153f) für das Empire analysieren, hat auch die EU den Multikulturalismus in ihre Herrschaft integriert (siehe z.B. auch Mitchell, 1993, für Kanada). Die EU präsentiert sich als antirassistisch, für die Überwindung nationaler Grenzen und die gegenseitige Integration der Bevölkerung, zieht allerdings in ihrer Migrationspolitik scharfe Grenzen. Ebenso ist die politische Geographie der EU flexibel – die Mitgliedschaft ist prinzipiell offen, die Grenzen verlaufen zwar an einem klaren Rand der EU, also gegenüber einem Außen, aber auch diese Grenzen werden mit Kooperationsprojekten überbrückt. Sie werden aber auch innerhalb der EU fast flächendeckend kontrolliert (Walters, 2002). Der Containerraum des Nationalstaats ist nur ein Element der EU, das andere ist die flexible politische Geographie der Kontrolle.

Es ist also sehr gut möglich, die EU in ihren Strukturen als Empire im Sinne von Hardt und Negri zu analysieren. Sie selbst diskutieren Europa als Ursprung der modernen staatlichen Souveränität und des modernen Imperialismus, aus dessen Krise sie die Macht der USA und das Empire erwachsen sehen (Hardt und Negri, 2000, 69ff). Ihre Beschreibung des „alten Europa“ erinnert teilweise an Hobsons Kritik des parasitären Europa:

From our standpoint, however, the fact that against the old powers of Europe a new Empire has formed is only good news. Who wants to see any more of that pallid and parasitic European ruling class that led directly from the ancien régime to nationalism, from populism to fascism, and now pushes for a generalized neoliberalism? Who wants to see more of those ideologies and those bureaucratic apparatuses that have nourished and abetted the rotting European elites? And who can still stand those systems of labor organization and those

corporations that have stripped away every vital spirit (Hardt and Negri, 2000, 376)?

Sie grenzen sich – im Gegensatz zu Harvey – scharf ab von einem europäischen Modell, das für sie für den alten Imperialismus und für alles Schlechte des Neuen steht. Sie wenden sich also gegen Hoffnungen, dass „Europa“ eine Alternative zum Empire sein könnte. In der Festschreibung von Europa als das „alte Modell“ übersehen sie aber, dass ihre Konzepte sehr gut die innere Struktur der EU widerspiegeln (und damit kritisieren) können.

Während Harvey also eine Rückbesinnung auf ein „altes“ europäisches (und im „New Deal“-Gedanken auch amerikanisches) Modell erwägt und bei Beck und Grande Europa für das Gute, Neue, den besseren Imperialismus eintritt, steht bei Hardt und Negri Europa für das Schlechte im Alten und im Neuen. Beck und Grande verorten ihre Perspektive innerhalb einer Staatslogik der EU, sprechen „als Staat“. Harvey kritisiert die Staaten, die USA und die EU, sieht aber in der aktuellen Situation Hoffnung nur in vernünftigen staatlichem Handeln. Hardt und Negri schließlich nehmen die Perspektive der „Multitude“ an und verweigern die Identifikation mit den USA, der EU oder deren staatlichen Modellen.

### **Fazit: Imperialismus und Raumkonzepte**

Die aktuellen Konzepte sind in ihrer Bewertung der EU recht unterschiedlich. Wie ist nun das Verhältnis zwischen altem Imperialismus, neuem Imperialismus und den Raumkonzepten dieser Theorien?

Im historischen Vergleich fällt auf, dass Beck und Grande (2004) in ihrer Abgrenzung von einem amerikanischen Imperialismus ähnliche Gegenüberstellungen verwenden, wie sie auch Penck (1917) in seiner Rechtfertigung des deutschen Imperialismus im Ersten Weltkrieg verwandte. Penck stellte das friedliche, am Austausch interessierte Deutschland dem herrschaftssüchtigen, ausbeuterischen England gegenüber. Beck und Grande transformieren diese Gegenüberstellung auf die europäische Ebene. Sie legitimieren damit einen europäischen Imperialismus im Widerstreit mit den USA. Durch ihre Betonung der europäischen „Werte“ stellen sie diese den „anderen“ gegenüber, die diese Werte nicht besitzen und eine Gefahr für die EU darstellen – in ihrem Modell Russland sowie die Staaten südlich der EU. Luxemburgs alte Kritik, dass Modelle europäischer Einigung nur zur Abgrenzung gegenüber anderen dienen, wird also auch an diesem Modell nachvollziehbar. Wissenschaft legitimiert bei ihnen Herrschaft. Becks und Grandes Modell ist also kein kritisches Imperialismuskonzept, sondern eher ideologisches Element eines Imperialismus, und es muss als solches untersucht werden.

Harveys (2003) „New Deal“-Konzept ist klar in seinen historischen Bezügen zu Kautsky. Obwohl er die sozial ausgleichende Komponente dieses Modells

betont, sind doch die Widersprüche groß in einem Kautsky'schen Ultra-Imperialismus. Harvey kritisiert die EU und die USA, verknüpft damit aber aufgrund der globalen politischen Situation einen Appell an gerade diese beiden Staaten(-organisationen).

Hardt und Negri (2000) lehnen eine Identifikation mit diesen Einheiten strikt ab. Mit ihrem Konzept ist es ebenso möglich, die internen Mechanismen der EU zu untersuchen, wie die Rolle der EU auf globaler Ebene zu verstehen. Politisch ist ihr Modell aufgrund seines Bezugs auf die „Multitude“ als revolutionäre Menschheit am ehesten mit Trotzki's europäischem Arbeiter- und Bauernstaat vergleichbar – allerdings ohne Bezug auf den Kontinent (ein Bezug, der bei Trotzki nur vorübergehend gedacht war) und mit den neuen Subjekten der „Multitude“, die bei ihnen nur zum kleinen Teil Bauern oder Industriearbeiter sind. Während Beck und Grande „als Staat“ argumentieren und Harvey aus Hoffnungslosigkeit der Realpolitik folgt, äußern Hardt und Negri revolutionären Optimismus, auch wenn die Gründe dafür eher ontologisch in ihrem Konzept begründet als in der globalen Situation erkennbar sind.

Wie sieht es nun mit den Raumkonzepten in den neuen Theorien aus? Wesentlich ist, dass die neuen Imperialismusmodelle die flexible territoriale Logik des aktuellen Imperialismus betonen. Die Innen-außen-Beziehung der ökonomischen Logik wurde schon bei Lenin und Luxemburg als flexibel analysiert. Mit Harvey kann eine Transformation der territorialen Logik der Herrschaft konstatiert werden, die nicht mehr rein durch klassische Nationalstaaten und ihre Grenzen definiert wird. Noch stärker tritt diese Flexibilisierung der politischen Geographie mit den Konzepten von Hardt und Negri hervor. Die Kritik von essentialistischen (Container-)Raum- und Kulturkonzepten greift also bei den neuen Formen von politischer Macht und den sie legitimierenden Ideologien nicht mehr. Diese Kombination von klassischer Staatslogik und postmoderner Regulierung macht es für die Kritik nicht leichter. Es bedeutet, dass es umso wichtiger ist, Raumkonzepte in ihrem Verhältnis mit politischer Macht und sozialer Ungleichheit zu analysieren.

## Literatur

- Bassin, Mark. 1987. Race contra space. The conflict between German geopolitik and national socialism. *Political Geography Quarterly*, 6(2), 115-34.
- Beck, Ulrich und Edgar Grande. 2004. *Das kosmopolitische Europa. Gesellschaft und Politik in der Zweiten Moderne*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Bell, Morag, Robin Butlin und Michael Heffernan (Hg.). 1995. *Geography and Imperialism 1820-1940*. Manchester, New York: Manchester UP 1995.

- Best, Ulrich. 2007. *Transgression as a Rule. German-Polish Cross-Border Cooperation, Border Discourse and EU-Enlargement*. Münster: Lit.
- Bieling, Hans-Jürgen und Jochen Steinhilber (Hg.). 2000. *Die Konfiguration Europas. Dimensionen einer kritischen Integrationstheorie*. Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Blunt, Alison und Cheryl McEwan (Hg.). 2002. *Postcolonial Geographies*. London: Continuum.
- Böröcz, József und Melinda Kovács (Hg.). 2001. *Empire's New Clothes; Unveiling EU Enlargement*. Central Europe Review.  
[<http://www.rci.rutgers.edu/~eu/Empire.pdf>]
- Bohle, Dorothee. 2002. *Europas neue Peripherie: Polens Transformation und transnationale Integration*. Münster: Dampfboot.
- Bourdieu, Pierre. 1998 [1996]. Das Modell Tietmeyer. In, Pierre Bourdieu (Hg.), *Gegenfeuer. Wortmeldungen im Dienste des Widerstandes gegen die neoliberale Invasion*. Konstanz, S. 53-59.
- Brogiato, Heinz Peter. 1998. „Wissen ist Macht-Geographisches Wissen ist Weltmacht:" *Die schulgeographischen Zeitschriften im deutschsprachigen Raum (1880-1945) unter besonderer Berücksichtigung des Geographischen Anzeigers*. Trier: Geographisches Institut.
- Cooper, Robert. 2002. The new liberal imperialism. *The Observer*, 7. April.  
[<http://observer.guardian.co.uk/worldview/story/0,,680095,00.html>]
- Coudenhove-Kalergi, Richard von. 1923. *Pan-Europa*. Wien: Pan-Europa-Verlag.
- Gerstner, Alexandra. 2006. Der „neue Europäer“. Richard Coudenhove-Kalergis Vision einer paneuropäischen Neo-Aristokratie. In, Alexandra Gerstner, Janina Nentwig & Barbara Könczöl (Hg.), *Der Neue Mensch. Utopien, Leitbilder und Reformkonzepte zwischen den Weltkriegen*. Frankfurt am Main: Lang.
- Gowan, Peter und Perry Anderson (Hg.). 1997. *The Question of Europe*. London: Verso.
- Grahl, John und Teague, Paul. 1989. The cost of neoliberal Europe. *New Left Review* 174, 33-50.

- Gregory, Derek. 1978. *Science, Ideology and Human Geography*. New York: Harper Collins.
- Gunder-Frank, Andre. 1980. *Abhängige Akkumulation und Unterentwicklung*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Hardt, Michael und Antonio Negri. 2000. *Empire*. Boston: Harvard University Press.
- Harvey, David. 2003. *The New Imperialism*. Oxford: Oxford University Press.
- Hobson, John A. 1902. *Imperialism*. New York: Pott.
- Hofbauer, Hannes. 2003. *Osterweiterung: Vom Drang nach Osten zur peripheren EU-Integration*. Wien: Promedia.
- Honold, Alexander. 2004. Raum ohne Volk: Zur Imaginationsgeschichte der kolonialen Geographie. In, Mihran Dabag, Horst Gründer & Uwe-Karsten Ketelsen (Hrsg.), *Kolonialismus. Kolonialdiskurs und Genozid*. München, S. 95-110.
- Jay, Martin. 1987. *Dialektische Phantasie . Die Geschichte der Frankfurter Schule und des Instituts für Sozialforschung*. Frankfurt: Fischer.
- Kirsch, Scott. 2003. Introduction: Critical Forum on Empire. *ACME* 2(2), 221-26.
- Klüsche, Norbert. 1972. Rezension von Schulte-Althoff. *Roter Globus* 3/1972, 14-6.
- Kofman, Eleonore und Rosemary Sales. 1992. Towards Fortress Europe? *Women's Studies International Forum* 15(1), 29-39.
- Kost, Klaus. 1988. *Die Einflüsse der Geopolitik auf Forschung und Theorie der Politischen Geographie von ihren Anfängen bis 1945*. Bonn: Dümmler.
- Lacoste, Yves. 1990. *Paysages politiques*. Paris: Le Livre de poche.
- Lenin, Wladimir. 1970 [1915]. Über die Losung der Vereinigten Staaten von Europa. In, Wladimir Lenin, *Ausgewählte Werke* 1, Berlin: Dietz, 758-61.
- Lenin, Wladimir. 1962 [1920]. Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus. In, Wladimir Lenin, *Ausgewählte Werke*, 1, Berlin: Dietz, S. 763-873.
- Luxemburg, Rosa. 1970 [1898]. Die industrielle Entwicklung Polens. In, Rosa Luxemburg, *Gesammelte Werke*, Bd. 1, Berlin: Dietz, S. 113-215.

- Luxemburg, Rosa. 1972 [1911]. Friedensutopien, In, Rosa Luxemburg, *Gesammelte Werke*, Bd. 2, Berlin: Dietz, S. 491-504.
- Luxemburg, Rosa. 1975 [1913]. Die Akkumulation des Kapitals. Ein Beitrag zur ökonomischen Erklärung des Imperialismus. In, Rosa Luxemburg, *Gesammelte Werke*, Bd. 5, Berlin: Dietz, S. 5-411.
- Masaryk, Tomas G. 1922. *Das Neue Europa*. Berlin: C. A. Schwetschke
- Memorandum-Gruppe. 1997. *Memorandum of European Economists: Full Employment, Social Cohesion and Equity for Europe - Alternatives to Competitive Austerity* [<http://www.memo-europe.uni-bremen.de/downloads/euromemo.pdf>]
- Mitchell, Katharyne. 1993. Multiculturalism, or the United Colors of Capitalism? *Antipode* 25, 263-94.
- Penck, Albrecht. 1917. *Über politische Grenzen: Rede zum Antritt des Rektorates der Königlichen Friedrich-Wilhelms-Universität in Berlin*. Berlin.
- Penck, Albrecht. 1925. Deutscher Volks- und Kulturboden. In, Karl Christian von Loesch in Zusammenarbeit mit Arnold Hillen Ziegfeld (Hg.) *Volk unter Völkern. Bücher des Deutschtums*. Band 1, Breslau, S. 62-73.
- Rado, Alex. 1930. *Atlas für Politik Wirtschaft Arbeiterbewegung: 1. Der Imperialismus*. Wien/Berlin: Verlag für Literatur und Politik.
- Rifkin, Jeremy. 2006. *Der europäische Traum: Die Vision einer leisen Supermacht*. Frankfurt am Main: Fischer.
- Rössler, Mechtild. 1990. *Wissenschaft und Lebensraum: Geographische Ostforschung im Nationalsozialismus*. Berlin: Dietrich Reimer.
- Rössler, Mechtild und Sabine Schleiermacher (Hg.). 1993. *Der „Generalplan Ost“ - Hauptlinien der nationalsozialistischen Planungs- und Vernichtungspolitik*. Berlin: Akademie-Verlag.
- Schneider, Heinrich. 2004. „*Kerneuropa*“: *Ein aktuelles Schlagwort und seine Bedeutung*. (EI Working Paper Nr. 54) Wien: Europainstitut der Wirtschaftsuniversität.  
[[http://epub.wu-wien.ac.at/dyn/virlib/wp/mediate/epub-wu-01\\_6d1.pdf?ID=epub-wu-01\\_6d1](http://epub.wu-wien.ac.at/dyn/virlib/wp/mediate/epub-wu-01_6d1.pdf?ID=epub-wu-01_6d1)]



- Schneider, Ute. 2006. Kartographie als imperiale Raumgestaltung: Alexander (Sándor) Radós Karten und Atlanten. *Zeithistorische Forschungen*, Online-Ausgabe, 3/1. [<http://www.zeithistorische-forschungen.de/16126041-Schneider-1-2006>]
- Schulte-Althoff, Franz-Josef. 1971. *Studien zur politischen Wissenschaftsgeschichte der deutschen Geographie im Zeitalter des Imperialismus*. Bochum: Geographisches Institut.
- Schultz, Hans-Dietrich und Heinz-Peter Brogiato. 2005. Die „Gesellschaft für Erdkunde zu Berlin“ und Afrika. In, Ulrich van der Heyden & Joachim Zeller (Hg.), „...Macht und Anteil an der Weltherrschaft“: *Berlin und der deutsche Kolonialismus*. Münster: Lit, S. 87-93
- Schultz, Hans-Dietrich. 1997. Vom harmlosen Gliederungskonzept zum imperialen Programm. Der Mitteleuropabegriff in der deutschsprachigen Geographie des 18./19. Jahrhunderts. In, Rainer Graafen & Wolf Tietze (Hg.), *Raumwirksame Staatstätigkeit. Festschrift für Klaus-Achim Boesler zum 65. Geburtstag*. Bonn: Geogr. Institut, 201-16.
- Sidaway, James D. 2005. Empire's Geographies. *ACME* 3 (2), 63-78.
- Smith, Neil. 1984. *Uneven Development*. New York: Basil Blackwell.
- Trotzki, Leo. 1972 [1923]. Über die Aktualität der Parole „Vereinigte Staaten von Europa“. In, Ders.: *Wohin treibt England/Europa und Amerika*, Berlin: Neuer Kurs. [<http://www.marxists.org/deutsch/archiv/trotzki/1923/06/vse.htm>]
- ÓTuathail, Geraoid. 1994. The critical reading/writing of geopolitics: Re-reading/writing Wittfogel, Bowman and Lacoste. *Progress in Human Geography* 18, 313-32.
- Wallerstein, Immanuel. 1974. *The Modern World-System, Vol. 1: Capitalist Agriculture and the Origins of the European World-Economy in the Sixteenth Century*. New York/London: Academic Press.
- Walters, William. 2002. Mapping Schengenland: Denaturalizing the border. *Environment and Planning D: Society and Space* 20, 561-80.
- Walters, William und Jens Henrik Haahr. 2005. *Governing Europe: Discourse, Governmentality and European Integration*. London: Routledge.
- Wittfogel, Karl August. 1929. Geopolitik, Geographischer Materialismus und Marxismus. *Unter dem Banner des Marxismus* 3, 17-51.

Wyrwa, Ulrich. 2006. Richard Nikolaus Graf Coudenhove-Kalergi (1894–1972) und die Paneuropa-Bewegung in den zwanziger Jahren. *Historische Zeitschrift* 283(1), 103-122.

Zimmerer, Jürgen. 2004. Im Dienste des Imperiums: Die Geographen der Berliner Universität zwischen Kolonialwissenschaften und Ostforschung. *Jahrbuch für Universitätsgeschichte* 7/2004, 73-100.